

„Soll ich arbeiten, bis ich umfalle?“

Heimische Bundestagskandidaten stellen sich Schülerfragen:
Was jungen Menschen im Main-Kinzig-Kreis auf den Nägeln brennt

Main-Kinzig-Kreis (mab). Spannender Lackmüster: In einer Podiumsdiskussion mit 200 Besuchern haben Schüler heimischen Bundestagskandidaten Fragen gestellt und somit gezeigt, was für sie ganz oben auf der Agenda steht, wie die Jugend im Main-Kinzig-Kreis tickt.

Dienstagvormittag in Gelnhausen: Gegen 11 Uhr trudeln scharenweise Schüler im Main-Kinzig-Forum ein. Viele von ihnen haben bei der Europawahl zum ersten Mal ihr Kreuz gemacht, andere gehen bei der Bundestagswahl im Februar erstmals an die Urnen. Für die Organisation der Veranstaltung hat sich die Kreisschülervertretung mit der SV der Beruflichen Schulen Gelnhausen zusammengetan.

Faktenchecker und Zeitwächter

Im Barbarossasaal treffen die Schüler Direktkandidaten von sechs Parteien, die sich den Fragen der jungen Menschen stellen. Für die SPD geht der Bundestagsabgeordnete Lennard Oehl (Direktkandidat im Wahlkreis 179) ins Rennen, für die CDU sitzt Johannes Wiegelmann (Wahlkreis 174) in der Runde. Die weiteren Teilnehmer: Helge Fitz (Linke, Wahlkreis 174), Markus A. Schmidt (FDP, Wahlkreis 174), Philip Schinkel (Grüne, Wahlkreis 174) und der AfD-Landtagsabgeordnete Pascal Schleich, der Bundestagskandidat Jürgen Mohn (Wahlkreis 174) vertritt. Sie alle stellen sich den Fragen der Schüler und müssen dafür strenge Regeln beachten. Zwei „Zeitwächter“ wachen sorgsam darüber, dass die Redebeiträge zwei Minuten nicht überschreiten. „Faktenchecker“ kontrollieren online die jeweiligen Quellen und schreiben ein, sobald ein Kandidat die Unwahrheit sagt. Moderiert wird die zweistündige Veranstaltung von Hans Sarkowicz, Rundfunkmacher und Historiker aus Gelnhausen. Und er verspricht gleich zu Beginn, sich zurückzuhalten. Im Vordergrund sollen die Fragen der jungen Wähler stehen. Die Schülervertretungen hatten in den Wochen zuvor das Interesse abgeklopft, die Themen entsprechend priorisiert und zu vier Blöcken zusammengefasst. Innerhalb derer konnten die Teilnehmer ihre Fragen dann an das Podium richten. Erstaunlich viele machten von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Großes Interesse an Bildung, Sicherheit und Finanzen

Was interessiert die Jugend im Main-Kinzig-Kreis besonders? Interessant: Der Klimawandel ist ebenso wenig Thema wie Abtreibung oder Frauenrechte, auch wenn sich mehrere Schüler für diese Fragen durchaus interessiert hätten, erläutert der Moderator. Mehrheitlich stehen dagegen die Bereiche Bildung, Sicherheitspolitik, Migration und Wirt-



Helge Fitz (Die Linke).



Philip Schinkel (Grüne).



Joh. Wiegelmann (CDU).



Lennard Oehl (SPD).



Pascal Schleich (AFD).



Markus A. Schmidt (FDP).

schaft auf der Agenda der jungen Wähler.

Bei der ersten Frage, ob die wirtschaftliche Bildung einen größeren Stellenwert im schulischen Lehrplan erhalten soll, liegen die Kandidaten nicht weit auseinander. Ja, meinen sie unisono, verweisen aber darauf, dass Bildungsfragen Ländersache sind. Im Umgang mit Vandalismus an Schulen, vor allem in Toiletten – auch im Main-Kinzig-Kreis ein großes Ärgernis – gehen die Meinungen auseinander. Während Pascal Schleich (AFD) auf eine Absenkung des Strafalters setzt, ist Vandalismus für Johannes Wiegelmann (CDU) eine Frage der Achtbarkeit. Er sieht die Schulen in der Pflicht. Markus Schmidt (FDP) verweist auf deutliche Verbesserungseffekte, die der Einsatz von Schülern als Kontrolleure an der Grundschule seines Sohnes erzielt habe. Lennard Oehl (SPD) plädiert für die verstärkte Einbeziehung lokaler Sicherheitsbehörden. Die beste Lösung für Philip Schinkel (Grüne) ist die Entwicklung eines Präventionskonzepts unter Einbeziehung der Schüler. Helge Fitz (Linke) setzt dagegen auf Erziehung in Familien.

Was lassen sich gleiche Bildungschancen für Kinder von Menschen mit unterschiedlichem Einkommen erzielen? CDU-Kandidat Wiegelmann plädiert für frühe Sprachförderung, ein gleiches digitales Niveau von Schulen und vergleichbare Standards. Schmidt (FDP) verweist auf das Startchancengesetz von Bettina Stark-Watzinger, das in den nächsten zehn Jahren 20 Milliarden Euro gezielt da einsetzen soll, wo sie benötigt werden: „Wir brauchen kein Gießkannenprinzip.“ Sozialdemokrat Oehl fordert mehr Investitionen vor allem in Brennpunktschulen und nennt das Startchancengesetz einen Meilenstein. Schinkel (Grüne) kritisiert die Schulbremse, die nicht für, sondern an jungen Menschen spare,

und fordert ebenfalls mehr Investitionen in Schulen. Für den Kandidaten der Linken hat sich seit 50 Jahren nichts für Kinder aus finanziell schwachen Familien verbessert. Auch er fordert deutlich mehr Investitionen. Dagegen sagt der AfD-Vertreter: „In Deutschland hat jeder die gleichen Bildungschancen“ und ruft die Faktenchecker auf den Plan. Die verweisen unter anderem auf die Bundeszentrale für Politische Bildung, der zufolge die Realität von diesem Ideal weit entfernt ist.

Haltungen zur Wehrpflicht

Großes Interesse zeigen die Schüler an der Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre Fragen gelten der personellen Ausstattung der Polizei und den Beschaffungsprozessen bei der Bundeswehr. Und: Sie wollen wissen, inwiefern Deutschland die Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg unterstützen soll? Die Kandidaten halten sich weitgehend an die Linien ihrer Parteien. Und dann ist da noch das Thema Wehrpflicht, das großen Raum einnimmt. Fitz (Linke) hält wenig davon. Auch Schinkel (Grüne) spricht sich dagegen aus und setzt stattdessen auf die Stärkung des Freiwilligendienstes. Oehl (SPD) stellt sich hinter die von Boris Pistorius geforderte Erfassungspflicht, bei der junge Männer in einem Fragebogen angeben sollen, ob sie bereit wären, in der Bundeswehr zu dienen. Und: „Wir müssen diesen Dienst deutlich attraktiver gestalten.“ Für Schmidt (FDP) ist die Wehrpflicht ein zu großer Eingriff in das Leben junger Menschen. Aber auch er fordert die Erfassung der Wehrwilligkeit, eine attraktivere Bundeswehr und die Einführung von Jugendoffizieren an Schulen. Wiegelmann (CDU) spricht sich für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr aus: „Alle mussten und dann diejenigen einziehen,

die sich einen Dienst bei der Bundeswehr vorstellen können.“ AfD-Vertreter Schleich sagt dagegen klar Ja zur Wehrpflicht, weist aber darauf hin, dass derzeit die Ausstattung dafür gar nicht gegeben sei.

Keine Schnellschüsse nach Assad-Sturz in Syrien

Auch das Thema Migration treibt die jungen Menschen um. Sie fragen, ob die Kandidaten einen Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Kriminalität sehen, wie sich Migration auf die Wohnungsnot auswirkt und wie eine faire Balance zwischen humanitärer Verpflichtung und den deutschen Ressourcen erzielt werden kann. Eine weitere Frage: Sollen in Deutschland lebende Syrer nach dem Sturz des Assad-Regimes in ihr Herkunftsland abgeschoben werden? Der Kandidat der Linken verweist auf die diffuse Sicherheitslage im Land und rät zum Abwarten. SPD-Kandidat Oehl nennt die Debatte unwürdig und fordert, die Situation in Syrien gründlich zu beobachten. Auch für den FDP-Vertreter kommen betreffende Forderungen zu früh. Der Grünen-Kandidat verweist auf die Forderung aus der Wirtschaft nach Fachkräften aus dem Ausland. Allerdings, entgegnet sein CDU-Kontrahent, stehe nur ein geringer Anteil der in Deutschland lebenden Syrer auch in Lohn und Brot. Er sagt: „Klar müssen wir die, die keine Arbeit haben, zurückführen – sobald es die Verhältnisse zulassen.“ Der AfD-Kandidat will die Lage in Syrien ebenfalls beobachten. Allerdings: „Gut 13 000 Menschen in Hessen sind ausreisepflichtig, die müssen wir auch konsequent abschieben.“

Reicht die Rente?

Was brennt den Schülern noch auf den Nägeln? Vor allem die wirtschaftliche Situation. Ihre Fragen gelten der Abwanderung von Unternehmen, der Schuldenbremse und der Inflation. Und sie wollen wissen, warum Menschen in Deutschland so wenig Rente beziehen. Ausgerechnet Helge Fitz (Linke), der eine Grundrente für alle in Höhe von 1200 Euro fordert, muss sich fragen lassen: „Soll ich arbeiten, bis ich umfalle?“. Zuvor hatte er auf Zuverdienst-Möglichkeiten verwiesen. „Ich will genau das Gegenteil: dass Menschen im Rentenalter eben nicht mehr arbeiten müssen“, betont er und verweist auf die Forderungen der Linken nach einem höheren Mindestlohn, der sich wiederum auf die Rente auswirkt.

Trotz einiger Missverständnisse zeigt die rund zweistündige Diskussion am Ende vor allem eines: Viele Schüler im Main-Kinzig-Kreis sind erstaunlich gut über politische Debatten informiert. Und sie wollen künftig ein gehöriges Wort bei der Gestaltung von Deutschlands Zukunft mitreden. Ihrer Zukunft.